

Pressepiegel 2024

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **29.07.2024 / KW 30**

sportsbusiness.at, 28.07.2024

BITTE LÄCHELN: MEDIADAY LÄSST VORFREUDE AUF REFORMIERTE ADMIRAL FRAUEN BUNDESLIGA STEIGEN [PARTNER-NEWS]

© ADMIRAL Sportwetten 📅 28. Juli 2024

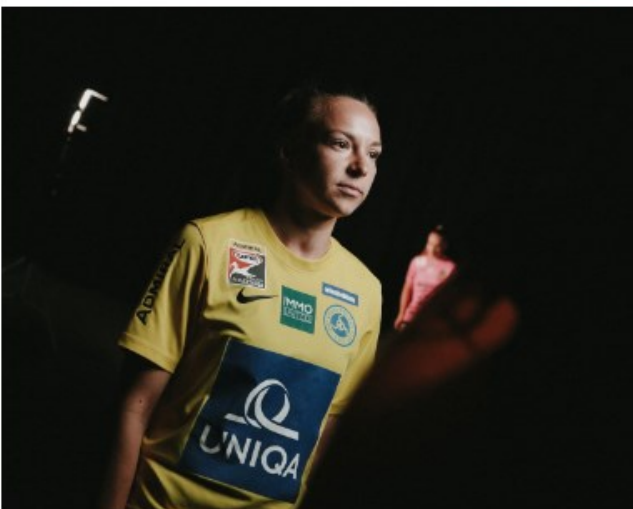


(c) ÖFB

Bevor auch die letzten Teams der ADMIRAL Frauen Bundesliga in die Saison-Vorbereitung starteten, fand am 13. Juli in den Studios der Interspot Film in Wien-Liesing der bereits sechste alljährliche Mediaday statt.

Auch in seinem zweiten Jahr als Bewerbungssponsor wirkte ADMIRAL Sportwetten mit Projektmanager Kevin Bell und Marketing-Agentur ML Marketing bei der Content-Erstellung mit und setzte gemeinsam mit dem ÖFB und den Spielerinnen neue Maßstäbe hinsichtlich der Vermarktung und Sichtbarkeit der Liga. Insgesamt zehn Akteurinnen, je eine von jedem Team der ADMIRAL Frauen Bundesliga, machten bei den Image-Drehs und den verschiedensten Foto-Shootings eine gute Figur.

Einmal mehr war hertha produziert für die Produktion der Werbe-Trailer zuständig. Die Wiener Motion-Content-Agentur arbeitet bereits seit 2020 mit dem ÖFB zusammen und liefert(e) in diesem Jahr in bewährter Manier ein ganzheitliches Konzept von der Ideenfindung bis zur Post-Production. Die neuen Trailer zur Saison 2024/2025 – der ersten nach der großen Liga-Reform, die nach einem Grunddurchgang in einer Meister- und einer Qualifikationsgruppe vorsieht – feiern im Rahmen der Auftakt-Pressekonferenz Premiere. Der erste große Medientermin der Saison findet am 8. August (12:30 Uhr) in der ADMIRAL Arena Prater statt. Zu Gast sein werden dann auch die Protagonistinnen des Mediadays.



Kein Ausruhen nach erfolgreicher Premieren-Saison

Schon in ihrer ersten gemeinsamen Saison setzten der ÖFB und ADMIRAL neue Impulse in Bereichen wie etwa Storytelling, Sichtbarkeit oder Medienservice. So starteten ADMIRAL und der ÖFB im vergangenen Winter eine Workshop-Reihe für Vereine und deren Funktionär:innen zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung. Zudem ist es in Rahmen einer Content-Offensive für die sozialen Medien gelungen, Persönlichkeiten und Geschichten aus der ADMIRAL Frauen Bundesliga vor den Vorhang zu holen.

Beide Initiativen tragen bereits jetzt maßgeblich zur umfangreicheren Berichterstattung rund um die Liga bei und sollen zur neuen Saison nicht nur bestehen bleiben, sondern noch ausgebaut werden.

Das Eröffnungsspiel zur 43. Saison der ADMIRAL Frauen Bundesliga findet am 10. August (19:30 Uhr) statt und bringt gleich das Top-Duell zwischen den beiden heimischen Champions-League-Teams. Meister spusu SKN St. Pölten Rush empfängt in der NV Arena Vizemeister First Vienna FC 1984.

Wie der Staat Kriminellen ein Einfallstor bietet

Stand: 09:33 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Von Christoph Lemmer



Quelle: picture alliance/Eibner-Pressefoto/Fleig

Strenge Grenzen für Gewinne, Verluste, Spielzeit: Das legale Glücksspiel an Automaten ist hierzulande penibel geregelt. Das nutzen Kriminelle mit Verbindungen ins Rocker- und Clan-Milieu aus: Sie erzielen mit illegalen Alternativen riesige Umsätze. Der Staat ist kaum in der Lage, dagegen vorzugehen.

Es war ein Mann aus dem bayerisch-schwäbischen Vöhringen an der Iller, der den „einarmigen Banditen“ erfand.

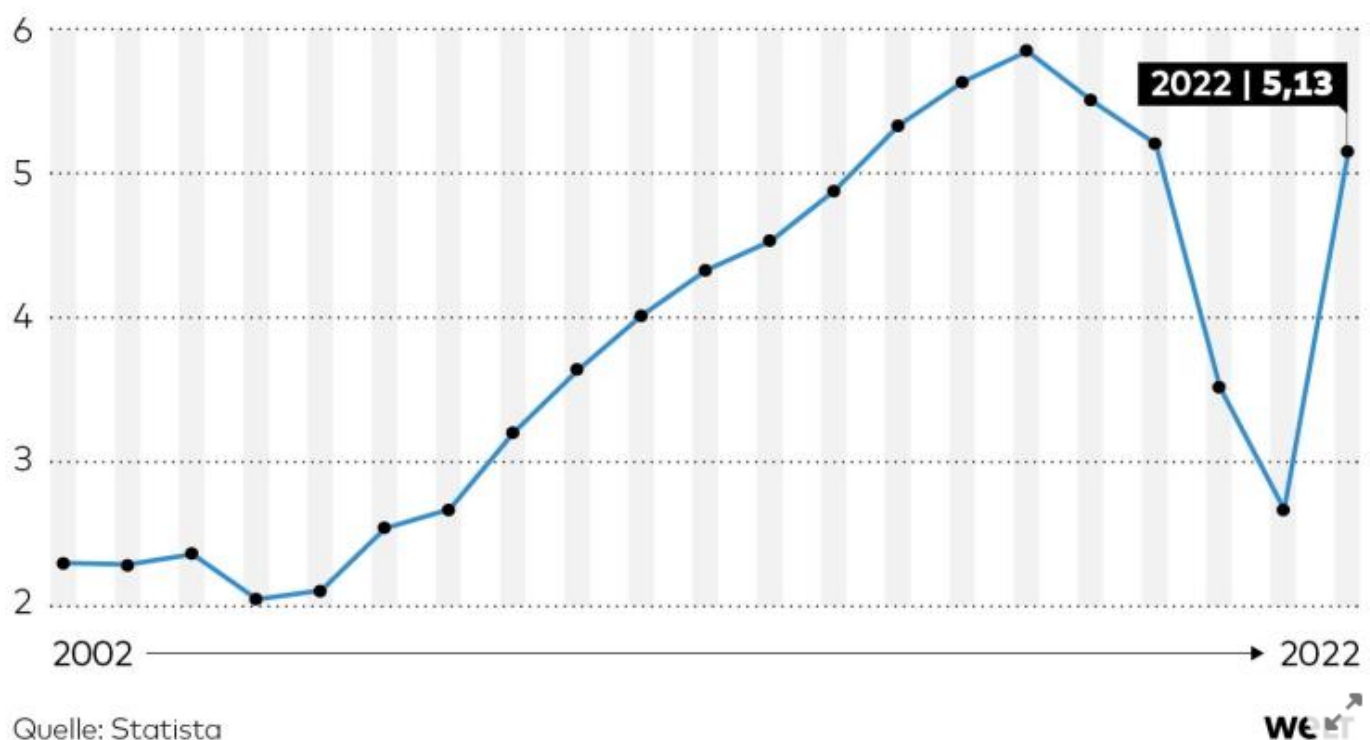
Der Mann wurde 1862 als Augustus Fey geboren und wanderte später nach Amerika aus. Dort anglisierte er seinen Namen und nannte sich fortan Charles August Fey. Er gründete eine Firma, mit der er sein „Liberty Bell“ genanntes Automatenmodell ständig weiterentwickelte und an Casinos sowie Saloons im Wilden Westen vermietete.

Damit hatte Fey auch schon Anfang des 20.

Jahrhunderts das Geschäftskonzept entwickelt, das für Glücksspielautomaten bis heute funktioniert. In Deutschland setzen die legalen Spielunternehmen jedes Jahr mit ihren Automaten in Gaststätten oder Automatencasinos gut fünf Milliarden Euro um.

Umsatz von Spielhallen und Betrieben mit Spielautomaten

In Milliarden Euro



Und wie damals schon Fey in den USA wussten auch sie sich illegaler Konkurrenz zu erwehren. Damals waren das etwa Mafiosi und Revolverhelden. Heute sind es vereinzelt Gastronomen mit illegalen Geräten, im großen Stil aber organisierte Banden. Deren Anteil am Geschäft schätzt die Branche inzwischen als annähernd genauso hoch wie den Anteil der legalen.

„Der Markt für die kriminellen Protagonisten ist äußerst attraktiv“, heißt es in einer als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ klassifizierten internen Analyse des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen. Eine Sprecherin bestätigt die Echtheit des Dokuments, das WELT vorliegt, will sich dazu aber nicht näher äußern.

In dem Papier heißt es weiter: „Der Betrieb illegaler GSG (Glücksspielgeräte), aber auch die systematische Steuerhinterziehung im Kontext legaler GSG verschaffen dem Aufsteller eine extrem lukrative und dauerhafte Einnahmequelle von monatlich mehreren Tausend Euro pro aufgestelltem Gerät.“

Insider aus der legalen Automatenbranche schätzen die Einnahmen pro Gerät auf 7000 bis 10.000 Euro monatlich. Kaufen lassen sich illegale Geräte nur auf dem Schwarzmarkt für bis zu 5000 Euro pro Stück. Üblich sei aber im Untergrund wie im legalen Markt gleichermaßen, dass Verleiher die Geräte gegen Gewinnbeteiligung zur Verfügung stellen, heißt es in dem LKA-Papier – womit die Struktur legal wie illegal genauso aufgebaut ist wie schon bei Slot-Machine-Pionier Charles August Fey.

In Deutschland ist diese Struktur sogar gesetzlich vorgeschrieben, nämlich im Glücksspielstaatsvertrag der Länder. Hersteller, Vertreiber und Gastronomen müssen Konzessionen und Genehmigungen besitzen. Die Automaten müssen auf den ersten Blick als zugelassene Geräte erkennbar sein, etwa mit einem amtlichen Siegel, das alle zwei Jahre erneuert werden muss. Auf Knopfdruck muss die Betriebssoftware-Version des Geräts angezeigt werden.

Spieler müssen sich vorab beim Personal melden und ihren Ausweis vorzeigen. Der Name wird mit einer Sperrdatei abgeglichen, in die sich Spielsüchtige eintragen können. Pro Spiel dürfen höchstens 20 Cent gesetzt werden. Der Gewinn darf pro Stunde 400 Euro nicht übersteigen, der Verlust 60 Euro. Nach einer Stunde muss der Automat fünf Minuten pausieren. Nach drei Stunden müssen zusätzlich sämtliche Geldspeicher geleert und das Gerät zurückgesetzt werden.

Geregelt sind auch der Mindestabstand zwischen Geräten und die Menge an Geräten pro Fläche, Raum und Betrieb. Alle Umsätze werden automatisiert an die Verleihfirmen gemeldet und beim Finanzamt abgerechnet.

Legale Umsätze brechen ein

Damit könnten die Bundesländer mit Billigung von CDU, SPD und Grünen die Regulierung womöglich übertrieben haben. Als Motiv gilt der Schutz vor Spielsucht, wobei die Länder nur private Anbieter durchregulieren. Beim „kleinen Spiel“ der staatlichen Spielbanken gelten die meisten Vorschriften nicht, an illegalen Automaten in Cafés, Shisha-Bars oder Wohnungs-Casinos erst recht nicht.

Die Folge ist ein Einbruch der legalen Umsätze. Das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft ermittelte für die Jahre 2017 bis 2022 einen Umsatzrückgang bei den legalen Aufstellunternehmen von 25 Prozent. „Diese Umsätze werden jetzt im illegalen Markt gemacht“, sagt der Geschäftsführer von Löwen Entertainment, Daniel Henzgen, WELT. Nach Schätzung der Branche gibt es in Deutschland 50.000 illegale Automaten.

Somit könnte die scharfe Glücksspielregulierung womöglich zwei unerwünschte Wirkungen haben: Zum einen schützt sie suchtgefährdete Spieler nicht, weil die in den illegalen Markt abwandern. Zum anderen wirkt sie offenbar als Konjunkturprogramm für die organisierte Kriminalität (OK).

„Im Kontext der Kriminalität in Zusammenhang mit dem Nachtleben ist illegales Glücksspiel eng mit dem Rotlicht- und auch Drogenmilieu verbunden“, heißt es in dem vertraulichen Papier des LKA Nordrhein-Westfalen. „Bei den Veranstaltungsorten handelt es sich bekanntermaßen auch um Treffpunkte OK-relevanter Personen. Dazu zählen auch Mitglieder von Rocker-Gruppierungen, Angehörige türkisch-arabischer Familienclans und Personen mit Verbindungen zur italienischen Mafia.“

Zudem sind die Strafverfolger nach Eingeständnis des LKA NRW kaum in der Lage, illegales Glücksspiel und seine Folgen zu bekämpfen. Den Behörden fehle es sowohl an „ganzheitlichen Bekämpfungskonzepten, an sachlich und rechtlich kompetenten sowie technisch geschulten Ansprechpartnern als auch der erforderlichen Ausstattung“, heißt es weiter in dem Papier. Auch die Justiz sei überfordert, sodass die Autoren des Dokuments den Gerichten empfehlen, sich effektiverweise auf Steuerstraftaten zu konzentrieren, und zwar „aufgrund des höher zu erwartenden Strafmaßes und der einfacheren Beweisführung“.

Was letztlich auf einem altbewährten Vorbild aus den USA beruht, wo 1931 ein Zeitgenosse von Charles August Fey auch nur wegen Steuerhinterziehung zu elf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Mord, Alkoholschmuggel und andere Delikte waren Gangsterboss Al Capone nicht nachzuweisen – ebenso wenig wie Spielbetrug.

FPÖ - Novomatic: Verfahren rund um Heinz-Christian Strache eingestellt

Die WKStA sieht zwar einen Zusammenhang zwischen Sponsorengelder der Novomatic an den FPÖ-nahen Verein ISP und der mutmaßlichen Einflussnahmen auf zu beschließende Glücksspielgesetze. Aufgrund mangelnder strafrechtlicher Relevanz wurde das Verfahren allerdings eingestellt.

Genau sieben Jahre nachdem das für FPÖ und ÖVP folgenschwere Video auf Ibiza aufgezeichnet wurde, gibt es Einstellungen im Verfahren gegen Heinz Christian Strache und Co. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelte dabei wegen "verdeckter Spenden" des Glücksspielkonzerns Novomatic an einen FPÖ-nahen Verein. Konkret ging es um einen "Sponsorenvertrag", den die Novomatic AG mit dem Verein "Institut für Sicherheitspolitik" (ISP) abgeschlossen hatte. Diesem Mini-Think-Thank saß damals der Ex-FPÖ Nationalratsabgeordnete Markus Tschank vor.

Der Verdacht der WKStA: Die in Folge eines Sponsoring-Vertrags überwiesenen 240.000 Euro, die offiziell für die Organisation einer Veranstaltung sowie der anschließenden Diskussion und einem Buffet für 20 bis 30 Personen vorgesehen waren, dienten nicht dafür, sondern verfolgten das Ziel, das staatliche Glücksspielmonopol zu lockern. Insbesondere bei der "Öffnung des Online-Casino-Marktes" auf Bundesebene sowie bei der "nationalen Online Gaming Lizenz".

Die Ermittler gehen zwar davon aus, dass die Nähe des Vereins zur FPÖ mit ausschlaggebend für den Sponsoring-Deal war und dieser sich auf etwaige Gesetzesänderungen unter FPÖ-Regierungsbeteiligungen niederschlagen sollte. Da aber nicht nachgewiesen werden konnte, dass Heinz-Christian Strache von dem Vertrag zwischen ISP und Novomatic wusste, liegt laut WKStA "kein mit der Verurteilungswahrscheinlichkeit nachweisbares gerichtliches strafbares Verhalten im Sinne des Korruptionsstrafrechts vor."

Eine erste Reaktion gibt es vom Anwalt des Mitbeschuldigten Ex-Novomatic Managers Harald Neumann: "Ich freue mich sehr, dass unser Einstellungsantrag für unseren Mandanten Mag Harald Neumann für ihn und die anderen Beschuldigten letztendlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat. Der Tatverdacht war von Anfang an unbegründet und wurde seitens unseres Mandanten rasch mit fundierten Stellungnahmen entkräftet. Sogesehen bleibt als einziger Wehrmutstropfen zu konstatieren, dass das strafrechtliche Ermittlungsverfahren 4,5 Jahre gedauert hat und teilweise mit starker negativer medialer Berichterstattung einhergegangen ist", sagt Norbert Wess.

Das Verfahren gegen Heinz-Christian Strache, Harald Neumann, Markus Tschank sowie den damaligen Pressesprecher der Novomatic, Bernhard Krumpel, wurde eingestellt. Gänzlich abgeschlossen ist die gesamte Casinos-Causa damit aber noch nicht. Gegen Strache und Neumann wird weiterhin wegen der Bestellung des ehemaligen FPÖ-Bezirksrates Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria und mögliche Absprachen im Hintergrund ermittelt. Es besteht der Verdacht, der Glücksspielkonzern habe sich für die Bestellung vom FPÖ-nahen Sidlo nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe.

Ibiza-Verfahrenskomplex. Nach mehr als fünf Jahren geht nun das letzte Verfahren gegen Strache & Co. rund um „illegale Parteispenden“ zu Ende. Was hat so lange gedauert?



2017 wurde der damalige FPÖ-Chef Strache auf Ibiza heimlich aufgenommen, 2019 wurde das Video veröffentlicht – es folgte eine ganze Reihe von Ermittlungen

VON RAFFAELA LINDORFER

„Es gibt ein paar sehr Vermögende, die zahlen zwischen 500.000 und eineinhalb bis zwei Millionen. Die zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein.“

Dieser Satz von Heinz-Christian Strache, zu hören auf dem berühmten Ibiza-Video, hat 2019 zahlreiche Ermittlungen bei parteinahen Vereinen ausgelöst. Die Causa um verdeckte Parteispenden war quasi die Urgroßmutter des Ibiza-Verfahrenskomplexes, der sich seither immer weiter ausgedehnt hat. Diese Urgroßmutter wird jetzt „begraben“: Die WKStA hat das Verfahren gegen den letzten Verein – das Institut für Sicherheitspolitik (ISP) – eingestellt, wie der KURIER am Donnerstag erfuhr.

Bestechung

Ermittelt worden war gegen Ex-FPÖ-Chef Strache und den damaligen ISP-Obmann und FPÖ-Mandatar Markus Tschank wegen Bestechlichkeit, sowie gegen Ex-Novomatic-Chef Harald Neu-

mann, Ex-Unternehmenssprecher Bernhard Krumpel und die Novomatic als Unternehmen wegen Bestechung.

Der Verdacht lautete, der Glücksspielkonzern Novomatic habe über das ISP an die FPÖ gespendet und sich als Gegenleistung wohlwollende Gesetze und Glücksspiellizenzen erwartet.

Sowohl Tschank als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen: Es habe sich nicht um Spenden, sondern um Kooperationen mit konkreten Leistungen gehandelt.

Am Donnerstag sagt Verteidiger Norbert Wess zum KURIER: „Ich freue mich sehr, dass unser Einstellungsantrag für unseren Mandanten Harald Neumann für ihn und die anderen Beschuldigten letztlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat. Der Tatverdacht war von Anfang an unbegründet und wurde seitens unseres Mandanten rasch mit fundierten Stellungnahmen entkräftet.“

Michael Rohregger, Anwalt der Novomatic, geht auf Straches legendären Sager („Die Novomatic zahlt alle“)

ein: „Die Novomatic hat immer klargestellt, dass sie keine Spenden an politische Parteien zahlt – auch nicht über den Umweg über Vereine. Das hat das Ermittlungsverfahren nun auch bewiesen.“

Als einziger Wermutstropfen bleibe laut Wess, dass das strafrechtliche Ermittlungsverfahren viereinhalb Jahre gedauert habe und mit teils negativer Berichterstattung einhergegangen sei.

Verzögerung

Was hat da so lange gedauert? In der Einstellungsbeurteilung wird erwähnt, dass sich alleine das Sichtungungsverfahren für das Handy des Beschuldigten Tschank fast drei Jahre gezogen habe. Tschank ist im Broterwerb Anwalt und hat Anspruch auf den Schutz seiner berufsbezogenen Daten.

Tschank habe selbst angegeben, dass er „dieses Entsiegelungsverfahren (auch) aus taktischen Gründen zur Verzögerung des Ermittlungsverfahrens betrieben“ habe. Offenbar aus Sorge, seine Daten könnten im parallel laufenden U-Ausschuss

landen. Abgeschlossen war die Sichtung im Dezember 2022.

Allenfalls eignet sich die Causa als weiteres Beispiel für den umständlichen Berichtsweg bei clamorösen Causen, den auch die sogenannte „Pillnacek-Kommission“ kürzlich in ihrem Bericht kritisiert hat.

Die WKStA wäre mit ihren Ermittlungen im Herbst 2023 fertig gewesen, ein Vorhabensbericht ging an die Oberstaatsanwaltschaft (der KURIER berichtete) und weiter ans Justizministerium. Dann wurden ergänzende Ermittlungen angeordnet, die WKStA musste den Fall noch einmal aufmachen. Im Frühjahr 2024 wurde der Bericht von der WKStA wieder „nach oben“ geschickt, dort geprüft – und konnte jetzt, im Sommer, erledigt werden.

Am Ende stellt die WKStA fest: Der Glücksspielkonzern habe zwar „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ gerade dieses Institut gesponsert, weil es eine Nähe zur FPÖ hatte. Es sei „naheliegender“, dass die Novomatic auf diese Weise versuchte, bei der FPÖ, die

2017 kurz vor einer Regierungsbeteiligung stand, einen „Fuß in der Tür“ zu haben.

Allerdings habe man keine Verknüpfung zwischen Zahlungen und Amtsgeschäften feststellen können. Unklar sei auch, ob Strache als Parteichef und damaliger Vizekanzler überhaupt von dem Sponsoringvertrag wusste.

Gegen Tschank ist noch ein Verfahren wegen Untreue anhängig, offenbar im Zusammenhang mit Spesenabrechnungen. Auch gegen Strache wird in Wien noch wegen Spesen ermittelt.

Sidlo-Causa

Und freilich ist da noch die – sagen wir – Urgroßtante des Ibiza-Verfahrenskomplexes: Die Bestellung von Ex-FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo als Casag-Finanzvorstand, wo ebenfalls ein Deal zwischen FPÖ und Novomatic vermutet wurde. Die Ermittlungen begannen im August 2019 mit einer anonymen Anzeige, in diesem Zusammenhang kam es im November zu Sicherstellungen beim damaligen ÖBAG-Chef und ÖVP-Intimus Thomas Schmid.

Die Presse, 26.07.2024

Spendenvorwurf: WKStA stellt Ermittlungen ein

Ibiza-Video. Ermittlungen zu Casinos-Teilaspekt eingestellt, Novomatic-Sponsoring war nicht strafbar.

Wien. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen in der Causa rund um das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik (ISP) eingestellt. Konkret ging es um angebliche „verdeckte Spenden“ des Glücksspielkonzerns Novomatic an die FPÖ. Ermittelt wurde unter anderem gegen Ex-FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache, Ex-Novomatic-Manager Harald Neumann und den damaligen ISP-Obmann, Markus Tschank.

Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos. Straches Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge. Im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass die Novomatic über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnte. Im Fokus stand dabei etwa das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

Sowohl Tschank, der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins, als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zu-

rückgewiesen. Die Einstellungsbeurteilung liegt der „Presse“ vor. Die WKStA geht darin „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen „ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ“ nicht gesponsert hätte. „Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus.“

Keine Nachweise

Weiters heißt es in der Begründung: „Eine zumindest beabsichtigte Einflussnahme auf ein Amtsgeschäft durch die Novomatic oder eine Bereitschaft von Amtsträgern, sich bei dessen Vornahme beeinflussen zu lassen, konnte keinem Beschuldigten nachgewiesen werden.“ Anwalt Norbert Wess hielt in einer Reaktion fest: „Ich freue mich sehr, dass unser Einstellungsantrag für unseren Mandanten Harald Neumann für ihn und die anderen Beschuldigten letztendlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat.“ (APA/red.)

Kronen Zeitung, 26.07.2024

CAUSA CASINOS

Wieder Verfahren gegen ehemaligen FPÖ-Vizekanzler Strache eingestellt

„Es gibt ein paar Vermögende, die zahlen zwischen 500.000 und eineinhalb bis zwei Millionen.“ Dieser Satz des Ex-FPÖ-Vizekanzlers Heinz-Christian Strache löste bekanntlich auch Ermittlungen wegen „verdeckter Spenden“ beim FPÖ-nahen Institut für Sicherheitspolitik (ISP) aus.

Nach Ermittlungen wegen Bestechung und Bestechlichkeit wurde das Verfahren eingestellt. Ermittelt worden war gegen Strache, ISP-Chef Markus Tschank, den früheren Novomatic-Chef Harald Neumann, Unternehmenssprecher Bernhard Krumpel und Novomatic als Unternehmen.

Der Standard, 26.07.2024

WKStA stellt Ermittlungen in Causa ISP ein

Spende der Novomatic an
FPÖ-nahen Verein geprüft

Jakob Pflügl

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat Ermittlungen im Zusammenhang mit Spenden des Glücksspielkonzerns Novomatic an einen FPÖ-nahen Verein eingestellt. Novomatic-Vorstand Harald Neumann, dem Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und dem Ex-FPÖ-Abgeordneten Markus Tschank war Bestechung bzw. Bestechlichkeit vorgeworfen worden.

Auslöser der Ermittlungen war eine Spende der Novomatic in Höhe von 240.000 Euro an den Verein Institut für Sicherheitspolitik (ISP). Die WKStA vermutete, dass die Novomatic mit der Spende eine „wohlwollende und parteiische Unterstützung der Interessen der Novomatic AG bei regulatorischen Glücksspielbelangen“ erzielen wollte.

In der Einstellungsbegründung, die dem STANDARD vorliegt, heißt es, dass die „Auswahl des ISP als von der Novomatic zu sponserndem Verein im Zusammenhang mit dessen Nähe zur FPÖ stand“. Es sei „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ davon auszugehen, dass „die Novomatic diese Veranstaltungen ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ nicht gesponsert hätte.“ Das allein reiche aber „für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus“. Laut WKStA war etwa nicht feststellbar, dass Strache von einer entsprechenden Vereinbarung zwischen dem ISP und der Novomatic wusste. Auch der Novomatic habe eine „beabsichtigte Einflussnahme auf ein Amtsgeschäft“ nicht nachgewiesen werden können.

Heute, 26.07.2024

Vorwurf der Bestechung bzw. Bestechlichkeit

Justiz stellte Ermittlungen zu Novomatic-Spenden ein

Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen zu Spenden des Glücksspielkonzerns Novomatic an einen FPÖ-nahen Verein eingestellt. „Der Tatverdacht war von Anfang an unbegründet“, so Norbert Wess, Anwalt von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann 

WKStA stellt die Ermittlungen gegen FP-Institut ein

WIEN. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen gegen das FPÖ-nahe „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) eingestellt. Dabei ging es um angebliche „verdeckte Parteispenden“ des Glücksspielkonzerns Novomatic. Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos – ermittelt wurde auch gegen den früheren FP-Chef Heinz-Christian Strache und den Ex-ISP-Obmann Markus Tschank. Zwar gehe die WKStA davon aus, dass Novomatic Veranstaltungen „ohne die Nähe zur Partei“ nicht gesponsert hätte. „Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz nicht aus.“

Ermittlungen gegen Strache eingestellt

Causa Novomatic:
Strafrechtlich blieb
nichts übrig.

WIEN. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen in der Causa rund um das FPÖ-nahe „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) eingestellt. Konkret ging es dabei um angebliche „verdeckte Spenden“ des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Freiheitlichen. Ermittelt wurde unter anderem gegen den früheren FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache. Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos, in dem Strache in Feierstimmung offen über Korruptionsfantasien geplaudert hatte. Die Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge, im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass Glücksspielunternehmen über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnten. Im Fokus stand dabei auch das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

Sowohl der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Zwar geht die WKStA in ihrer Einstellungsbegründung „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen „ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ“ nicht gesponsert hätte. Das reiche für eine strafrechtliche Relevanz aber nicht aus, heißt es in der Begründung.

SN, APA

kurier.at, 25.07.2024

"Novomatic zahlt alle"? Verfahren gegen Strache & Co. wurde eingestellt



Nach mehr als fünf Jahren geht nun das letzte Verfahren gegen Ex-FPÖ-Chef Strache & Co. rund um „illegale Parteispenden“ zu Ende. Was hat da so lange gedauert?

Von [Raffaella Lindorfer](#) 25.07.24, 18:12

„Es gibt ein paar sehr Vermögende, die zahlen zwischen 500.000 und eineinhalb bis zwei Millionen. Die zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein.“

Dieser Satz von **Heinz-Christian Strache**, zu hören auf dem berühmten Ibiza-Video, hat 2019 zahlreiche Ermittlungen bei parteinahen Vereinen ausgelöst. Die Causa um verdeckte Parteispenden war quasi die *Urgroßmutter* des Ibiza-Verfahrenskomplexes, der sich seither immer weiter ausgedehnt hat.

Diese Urgroßmutter wird jetzt „begraben“: Die WKStA hat das Verfahren gegen den letzten Verein – das **Institut für Sicherheitspolitik** (ISP) – eingestellt, wie der KURIER am Donnerstag erfuhr.

Ermittelt worden war gegen Ex-FPÖ-Chef **Strache** und den damaligen ISP-Obmann und FPÖ-Mandatar **Markus Tschank** wegen Bestechlichkeit, sowie gegen Ex-Novomatic-Chef **Harald Neumann**, Ex-Unternehmenssprecher **Bernhard Krumpel** und die **Novomatic** als Unternehmen wegen Bestechung.

Worum ging's in der Causa

Der Verdacht lautete, dass der Glücksspielkonzern Novomatic über das ISP an die FPÖ gespendet und sich als Gegenleistung wohlwollende Gesetze und Glücksspiellizenzen erwartet haben soll. Im Fokus stand ein Sponsoringvertrag in Höhe von **240.000 Euro**.

Sowohl Tschank als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen: Es habe sich nicht um Spenden, sondern um Kooperationsverträge mit konkreten Leistungen gehandelt.

Am Donnerstag sagt Verteidiger **Norbert Wess** zum KURIER: „Ich freue mich sehr, dass unser Einstellungsantrag für unseren Mandanten Harald Neumann für ihn und die anderen Beschuldigten letztlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat. Der Tatverdacht war von Anfang an unbegründet und wurde seitens unseres Mandanten rasch mit fundierten Stellungnahmen entkräftet.“

Michael Rohregger, Anwalt der Novomatic, geht auf Straches legendären Sager („*Die Novomatic zahlt alle*“) ein: „Die Novomatic hat immer klargestellt, dass sie keine Spenden an politische Parteien zahlt – auch nicht über den Umweg über Vereine. Das hat das Ermittlungsverfahren nun auch bewiesen.“

Als einziger Wermutstropfen bleibe laut Wess, dass das strafrechtliche Ermittlungsverfahren viereinhalb Jahre gedauert habe und mit teils negativer Berichterstattung einhergegangen sei.

Sichtungsverfahren

Was da so lange gedauert hat? In der Einstellungs begründung wird erwähnt, dass sich alleine das Sichtungsverfahren für das Handy des Beschuldigten Tschank fast drei Jahre gezogen habe. Tschank ist im Brotberuf Anwalt und hat Anspruch auf den Schutz seiner berufsbezogenen Daten.

Tschank habe selbst angegeben, heißt es weiter, dass er „dieses Entsiegelungsverfahren (auch) aus taktischen Gründen zur Verzögerung des Ermittlungsverfahrens betrieben“ habe. Offenbar aus Sorge, seine Daten könnten im parallel laufenden U-Ausschuss landen. Abgeschlossen war die Sichtung im Dezember 2022.

Allenfalls eignet sich die Causa als weiteres Beispiel dafür, wie lang und umständlich der Berichtsweg bei clamorösen Causen sein kann – wie die sogenannte „Pilnacek-Kommission“ in ihrem Bericht, der am Montag veröffentlicht wurde, kritisiert hat.

Interne Kontrolle

Die WKStA wäre mit ihren Ermittlungen im Herbst 2023 fertig gewesen, ein Vorhabensbericht ging an die Oberstaatsanwaltschaft (der KURIER berichtete) und weiter ans Justizministerium. Dann wurden ergänzende Ermittlungen angeordnet, die WKStA musste den Fall noch einmal aufmachen.

Im Frühjahr 2024 wurde der Bericht von der WKStA wieder „nach oben“ geschickt, dort geprüft – und konnte jetzt, im Sommer, erledigt werden.

Am Ende stellt die WKStA fest: Der Glücksspielkonzern habe zwar „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ gerade dieses Institut gesponsert, weil es eine Nähe zur FPÖ hatte. Es sei „naheliegend“, dass die Novomatic auf diese Weise versuche, bei der FPÖ, die 2017 kurz vor einer Regierungsbeteiligung stand, einen „Fuß in der Tür“ zu haben.

Allerdings habe man keine Verknüpfung zwischen Zahlungen und Amtsgeschäften feststellen können. Unklar sei auch, ob Strache als Parteichef und damaliger Vizekanzler überhaupt von dem Sponsoringvertrag wusste.

Gegen Tschank ist bei der **Staatsanwaltschaft Wien** noch ein Verfahren wegen Untreue anhängig, offenbar im Zusammenhang mit Spesenabrechnungen. Auch gegen Strache wird in Wien noch wegen Spesen ermittelt.

Und freilich ist da noch die – sagen wir – Urgroßtante des Ibiza-Verfahrenskomplexes: Die Bestellung von Ex-FPÖ-Bezirksrat **Peter Sidlo** als Casag-Finanzvorstand, wo ebenfalls ein Deal zwischen FPÖ und Novomatic vermutet wurde.

Die Ermittlungen starteten im August 2019 mit einer anonymen Anzeige, in diesem Zusammenhang kam es im November auch zur Hausdurchsuchung beim damaligen ÖBAG-Chef und ÖVP-Intimus **Thomas Schmid** mitsamt Sicherstellung seines Handys und externen Speichers.

Offen ist auch noch Schmidts Antrag auf Kronzeugenstatus, der im April „nach oben“ geschickt wurde.

KORRUPTIONSVORWURF

WKStA stellte Strafverfahren wegen Spenden der Novomatic an FPÖ-nahen Verein ein

Die Staatsanwaltschaft ermittelte im Zusammenhang mit Überweisungen an das Institut für Sicherheitspolitik (ISP). Die Ermittlungen seien mangels Verurteilungswahrscheinlichkeit eingestellt worden



Auch der Novomatic selbst wurde strafbares Verhalten vorgeworfen.

imago images/Volker Preußner

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat Ermittlungen im Zusammenhang mit Spenden des Glücksspielkonzerns Novomatic an einen FPÖ-nahen Verein eingestellt. Novomatic-Vorstand Harald Neumann, dem Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und dem Ex-FPÖ-Abgeordneten Markus Tschank war Bestechung bzw. Bestechlichkeit vorgeworfen worden.

Auslöser des Ermittlungsverfahrens war eine Spende der Novomatic in Höhe von 240.000 Euro an den Verein Institut für Sicherheitspolitik (ISP). Die WKStA vermutete, dass die Novomatic mit der Spende, die für Veranstaltungen des ISP verwendet wurde, eine "wohlwollende und parteiische Unterstützung der Interessen der Novomatic AG bei regulatorischen Glücksspielbelangen" erzielen wollte, konkret eine gesetzliche Regelung zur "Öffnung des Online-Casino-Marktes".

Einflussnahme "nicht nachgewiesen"

In der Einstellungsbegründung, die dem STANDARD vorliegt, heißt es, dass die "Auswahl des ISP als von der Novomatic zu sponserndem Verein im Zusammenhang mit dessen Nähe zur FPÖ stand". Es sei "mit hoher Wahrscheinlichkeit" davon auszugehen, dass "die Novomatic diese Veranstaltungen ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ nicht gesponsert hätte." Das allein reiche aber "für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus".

Laut WKStA war etwa nicht feststellbar, dass Strache von einer entsprechenden Vereinbarung zwischen dem ISP und der Novomatic wusste. Zudem habe Tschank als Abgeordneter keine Aktivitäten hinsichtlich der Änderung des Glücksspielrechts unternommen, weshalb eine "für die Strafbarkeit erforderliche Verknüpfung zwischen Amtstätigkeit/Amtsgeschäft und Vorteil" nicht vorliege. Auch der Novomatic selbst habe eine "beabsichtigte Einflussnahme auf ein Amtsgeschäft" nicht nachgewiesen werden können.

"Wermutstropfen" Ermittlungsdauer

Strafverteidiger Norbert Wess freut sich in einer Stellungnahme, "dass unser Einstellungsantrag für unseren Mandanten Mag. Harald Neumann für ihn und die anderen Beschuldigten letztendlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt" hat. "Der Tatverdacht war von Anfang an unbegründet und wurde seitens unseres Mandanten rasch mit fundierten Stellungnahmen entkräftet", teilt Wess mit. "So gesehen bleibt als einziger Wermutstropfen zu konstatieren, dass das strafrechtliche Ermittlungsverfahren 4,5 Jahre gedauert hat und teilweise mit starker negativer medialer Berichterstattung einhergegangen ist." (japf, gra, 25.7.2024)

ISP-KOMPLEX

FPÖ - Novomatic: Verfahren rund um Heinz-Christian Strache eingestellt



Die WKStA sieht zwar einen Zusammenhang zwischen Sponsorengelder der Novomatic an den FPÖ-nahen Verein ISP und der mutmaßlichen Einflussnahmen auf zu beschließende Glücksspielgesetze. Aufgrund mangelnder strafrechtlicher Relevanz wurde das Verfahren allerdings eingestellt.

Genau sieben Jahre nachdem das für FPÖ und ÖVP folgenschwere Video auf Ibiza aufgezeichnet wurde, gibt es Einstellungen im Verfahren gegen Heinz Christian Strache und Co. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelte dabei wegen „verdeckter Spenden“ des Glücksspielkonzerns Novomatic an einen FPÖ-nahen Verein. Konkret ging es um einen „Sponsorenvertrag“, den die Novomatic AG mit dem Verein „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) abgeschlossen hatte. Diesem Mini-Think-Thank saß damals der Ex-FPÖ Nationalratsabgeordnete Markus Tschank vor.

Der Verdacht der WKStA: Die in Folge eines Sponsoring-Vertrags überwiesenen 240.000 Euro, die offiziell für die Organisation einer Veranstaltung sowie der anschließenden Diskussion und einem Buffet für 20 bis 30 Personen vorgesehen waren, dienten nicht dafür, sondern verfolgten das Ziel, das staatliche Glücksspielmonopol zu lockern. Insbesondere bei der „Öffnung des Online-Casino-Marktes“ auf Bundesebene sowie bei der „nationalen Online Gaming Lizenz“.

Die Ermittler gehen zwar davon aus, dass die Nähe des Vereins zur FPÖ mit ausschlaggebend für den Sponsoring-Deal war und dieser sich auf etwaige Gesetzesänderungen unter FPÖ-Regierungsbeteiligungen niederschlagen sollte. Da aber nicht nachgewiesen werden konnte, dass Heinz-Christian Strache von dem Vertrag zwischen ISP und Novomatic wusste, liegt laut WKStA „kein mit der Verurteilungswahrscheinlichkeit nachweisbares gerichtliches strafbares Verhalten im Sinne des Korruptionsstrafrechts vor.“

Eine erste Reaktion gibt es vom Anwalt des Mitbeschuldigten Ex-Novomatic Managers Harald Neumann: „Ich freue mich sehr, dass unser Einstellungsantrag für unseren Mandanten Mag Harald Neumann für ihn und die anderen Beschuldigten letztendlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat. Der Tatverdacht war von Anfang an unbegründet und wurde seitens unseres Mandanten rasch mit fundierten Stellungnahmen entkräftet. Sogesehen bleibt als einziger Wehrmutstropfen zu konstatieren, dass das strafrechtliche Ermittlungsverfahren 4,5 Jahre gedauert hat und teilweise mit starker negativer medialer Berichterstattung einhergegangen ist“, sagt Norbert Wess.

Das Verfahren gegen Heinz-Christian Strache, Harald Neumann, Markus Tschank sowie den damaligen Pressesprecher der Novomatic, Bernhard Krumpel, wurde eingestellt. Gänzlich abgeschlossen ist die gesamte Casinos-Causa damit aber noch nicht. Gegen Strache und Neumann wird weiterhin wegen der Bestellung des ehemaligen FPÖ-Bezirksrates Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria und mögliche Absprachen im Hintergrund ermittelt. Es besteht der Verdacht, der Glücksspielkonzern habe sich für die Bestellung vom FPÖ-nahen Sidlo nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe.

orf.at, 25.07.2024

Causa Casinos: WKStA stellte Ermittlungen zu ISP-Komplex ein

Online seit gestern, 15.16 Uhr

Teil

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen in der Causa rund um das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik (ISP) eingestellt. Das berichtete der „Kurier“ gestern. Konkret ging es dabei um angebliche „verdeckte Spenden“ des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Freiheitlichen. Ermittelt wurde unter anderen gegen den früheren FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache und den damaligen ISP-Obmann Markus Tschank.

Die Causa war eine Folge des „Ibiza-Videos“, in dem Strache in Feierstimmung offen über Korruptionsfantasien geplaudert hatte. Die Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge, im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass Glücksspielunternehmen über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnten. Im Fokus stand dabei auch das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

Tschank auf Wiener Landesliste

Sowohl der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins, Tschank, als auch die Novomatic wiesen die Vorwürfe stets zurück. Zwar geht die WKStA in ihrer auch der APA vorliegenden Einstellungsbegründung „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen „ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ“ nicht gesponsert hätte. „Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus.“

Der Fall hatte, die kommende Nationalratswahl betreffend, insofern eine gewisse Bedeutung, als einer der Beteiligten seriöse Chancen auf ein Mandat hat. Tschank steht auf Platz fünf der Wiener Landesliste und ist Spitzenkandidat im Wahlkreis Wien-Südwest.

Abgeschlossen ist die gesamte Casinos-Causa mit der Einstellung aber noch nicht. Weiter ermittelt wird gegen Strache und Neumann wegen der Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria und möglicher Absprachen im Hintergrund.

www.diepresse.com, 25.07.2024

Causa Casinos: WKStA stellte Ermittlungen zu ISP-Komplex ein



ABD0035_20230726 - WIEN - STERREICH: Heinz-Christian Strache anl. der Berufungsverhandlung nach Freisprechen fr Heinz-Christian Strache und Siegfried Stieglitz in Causa Asfinag, aufgenommen am Mittwoch, 26. Juli 2023, in Wien. - FOTO: APA/EVA MANHART EVA MANHART

Ermittlungen zu Casinos-Teilaspekt eingestellt, Novomatic-Sponsoring war nicht strafbar.

Wien. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen in der Causa rund um das FPÖ-nahe „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) eingestellt. Konkret ging es um angebliche „verdeckte Spenden“ des Glücksspielkonzerns Novomatic an die FPÖ. Ermittelt wurde unter anderem gegen Ex-FPÖ-Parteichef **Heinz-Christian Strache**, Ex-Novomatic-Manager Harald Neumann und den damaligen ISP-Obmann Markus Tschank.

Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos. Straches Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge. Im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass die Novomatic über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnten. Im Fokus stand dabei etwa das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

Sowohl Tschank, der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins, als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Die Einstellungsbegründung liegt der „Presse“ vor. Die WKStA geht darin „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen „ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ“ nicht gesponsert hätte. „Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus.“

Keine Nachweise

Weiters heißt es in der Begründung: „Eine zumindest beabsichtigte Einflussnahme auf ein Amtsgeschäft durch die Novomatic oder eine Bereitschaft von Amtsträgern, sich bei dessen Vornahme beeinflussen zu lassen, konnte keinem Beschuldigten nachgewiesen werden.“ Anwalt Norbert Wess hielt in einer Reaktion fest: „Ich freue mich sehr, dass unser Einstellungsantrag für unseren Mandanten Harald Neumann für ihn und die anderen Beschuldigten letztendlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat.“ (APA/red.)

STRACHE IM FOKUS

WKStA stellte Ermittlungen zu ISP-Komplex ein

Politik | 25.07.2024 15:51



In der Causa um das FPÖ-nahe „Institut für Sicherheitspolitik“ wurden die Ermittlungen, unter anderem gegen Heinz-Christian Strache, eingestellt. (Bild: APA/EVA MANHART)

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen in der Causa rund um das FPÖ-nahe „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) eingestellt, wie die „Krone“ erfuhr. Konkret ging es dabei um angebliche „verdeckte Spenden“ des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Freiheitlichen. Ermittelt wurde unter anderem gegen den früheren FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache und den damaligen ISP-Obmann Markus Tschank.

Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos, in dem Strache in Feierstimmung offen über Korruptionsfantasien geplaudert hatte. Die Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge, im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass Glücksspielunternehmen über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnten. Im Fokus stand dabei auch das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

„Reicht für strafrechtliche Relevanz nicht“

Sowohl der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins Tschank als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Zwar geht die WKStA in ihrer auch der „Krone“ vorliegenden Einstellungsbegründung „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen „ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ“ nicht gesponsert hätte. „Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus.“

Der Fall hatte insofern eine gewisse Bedeutung die kommende Nationalratswahl betreffend, als einer der Beteiligten seriöse Chancen auf ein Mandat hat. Tschank steht auf Platz fünf der Wiener Landesliste und ist Spitzenkandidat im Wahlkreis Wien-Südwest. Läuft es für die Freiheitlichen auch in der Bundeshauptstadt gut, könnte das für einen Sitz im Nationalrat reichen, den er auch schon von 2017 bis 2019 innehatte.

WKStA stellte Ermittlungen zu ISP-Komplex ein

von
APA

Donnerstag
25. Juli 2024
15:42 Uhr



0 Kommentare

Artikel drucken

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen in der Causa rund um das FPÖ-nahe "Institut für Sicherheitspolitik" (ISP) eingestellt, berichtet der "Kurier". Konkret ging es dabei um angebliche "verdeckte Spenden" des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Freiheitlichen. Ermittelt wurde unter anderem gegen den früheren FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache und den damaligen ISP-Obmann Markus Tschank.



Ermittlungen gegen Tschank eingestellt

Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos, in dem Strache in Feierstimmung offen über Korruptionsfantasien geplaudert hatte. Die Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge, im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass Glücksspielunternehmen über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnten. Im Fokus stand dabei auch das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

Sowohl der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins Tschank als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Zwar geht die WKStA in ihrer auch der APA vorliegenden Einstellungsbegründung "mit hoher Wahrscheinlichkeit" davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen "ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ" nicht gesponsert hätte. "Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus."

Ermittelt worden war auch gegen den damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann und Kommunikationschef Bernhard Krumpel. Verteidiger Norbert Wess freute sich über die Einstellung des Verfahrens gegen sämtliche Beschuldigte. Der Tatverdacht sei von Anfang an unbegründet gewesen. Einziger "Wermutstropfen" bleibe, dass das strafrechtliche Verfahren viereinhalb Jahre gedauert habe, was teils mit negativer Berichterstattung einhergegangen sei.

Der Fall hatte insofern eine gewisse Bedeutung die kommende Nationalratswahl betreffend, als einer der Beteiligten seriöse Chancen auf ein Mandat hat. Tschank steht auf Platz fünf der Wiener Landesliste und ist Spitzenkandidat im Wahlkreis Wien-Südwest. Läuft es für die Freiheitlichen auch in der Bundeshauptstadt gut, könnte das für einen Sitz im Nationalrat reichen, den er auch schon von 2017 bis 2019 innehatte.

Abgeschlossen ist die gesamte Casinos-Causa mit der Einstellung aber noch nicht. Weiter ermittelt wird gegen Strache und Neumann wegen der Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria und mögliche Absprachen im Hintergrund. Es besteht der Verdacht, Novomatic habe sich für die Bestellung von Sidlo nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe.

www.vienna.at, 25.07.2024

ÖSTERREICH

WKStA-Ermittlungen zu ISP-Komplex eingestellt

Von . - 25.07.2024 15:37 (Akt. 25.07.2024 15:46)



Die WKStA stellte die Ermittlungen zum ISP-Komplex ein. ©APA/HELMUT FOHRINGER (Symbolbild)

Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bezüglich der Angelegenheit um das dem FPÖ-Umfeld zugehörige "Institut für Sicherheitspolitik" (ISP) wurden laut einem Bericht des "Kurier" eingestellt.

Im Mittelpunkt der WKStA-Ermittlungen standen mutmaßliche "verdeckte Zuwendungen" von dem Glücksspielriesen Novomatic an die FPÖ. Untersuchungen richteten sich unter anderem gegen den ehemaligen FPÖ-Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache und den damaligen ISP-Vorsitzenden Markus Tschank.

Sponsoring von Novomatic "keine strafrechtliche Relevanz"

Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos, in dem Strache in Feierstimmung offen über Korruptionsfantasien geplaudert hatte. Die Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge, im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass Glücksspielunternehmen über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnten. Im Fokus stand dabei auch das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

Sowohl der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins Tschank als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Zwar geht die WKStA in ihrer auch der APA vorliegenden Einstellungsbegründung "mit hoher Wahrscheinlichkeit" davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen "ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ" nicht gesponsert hätte. "Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus."

Ermittelt worden war auch gegen den damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann und Kommunikationschef Bernhard Krumpel. Verteidiger Norbert Wess freute sich über die Einstellung des Verfahrens gegen sämtliche Beschuldigte. Der Tatverdacht sei von Anfang an unbegründet gewesen. Einziger "Wermutstropfen" bleibe, dass das strafrechtliche Verfahren viereinhalb Jahre gedauert habe, was teils mit negativer Berichterstattung einhergegangen sei.

Der Fall hatte insofern eine gewisse Bedeutung die kommende Nationalratswahl betreffend, als einer der Beteiligten seriöse Chancen auf ein Mandat hat. Tschank steht auf Platz fünf der Wiener Landesliste und ist Spitzenkandidat im Wahlkreis Wien-Südwest. Läuft es für die Freiheitlichen auch in der Bundeshauptstadt gut, könnte das für einen Sitz im Nationalrat reichen, den er auch schon von 2017 bis 2019 innehatte.

Abgeschlossen ist die gesamte Casinos-Causa mit der Einstellung aber noch nicht. Weiter ermittelt wird gegen Strache und Neumann wegen der Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria und mögliche Absprachen im Hintergrund. Es besteht der Verdacht, Novomatic habe sich für die Bestellung von Sidlo nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe.



Politik

Abonnieren

WKStA stellte Ermittlungen zu ISP-Komplex ein

25. Juli 2024 · Lesedauer 2 min ▶ Artikel vorlesen

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat ihre Ermittlungen in der Causa rund um das FPÖ-nahe "Institut für Sicherheitspolitik" (ISP) eingestellt, berichtet der "Kurier". Konkret ging es dabei um angebliche "verdeckte Spenden" des Glücksspielkonzerns Novomatic an die Freiheitlichen. Ermittelt wurde unter anderem gegen den früheren FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache und den damaligen ISP-Obmann Markus Tschank.

Die Causa war eine Folge des Ibiza-Videos, in dem Strache in Feierstimmung offen über Korruptionsfantasien geplaudert hatte. Die Ausführungen hatten mehrere Ermittlungen der WKStA zur Folge, im ISP-Komplex bestand der Verdacht, dass Glücksspielunternehmen über politisch besetzte Vereine an Parteien gespendet haben könnten. Im Fokus stand dabei auch das Sponsoring von 240.000 Euro für eine Veranstaltung des Instituts.

Sowohl der damalige Obmann des mittlerweile aufgelösten Vereins Tschank als auch die Novomatic haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Zwar geht die WKStA in ihrer auch der APA vorliegenden Einstellungsbegründung "mit hoher Wahrscheinlichkeit" davon aus, dass das Unternehmen Veranstaltungen "ohne die Nähe zur Regierungspartei FPÖ" nicht gesponsert hätte. "Das allein reicht aber für eine strafrechtliche Relevanz der Sponsorleistungen nicht aus."

Ermittelt worden war auch gegen den damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann und Kommunikationschef Bernhard Krumpel. Verteidiger Norbert Wess freute sich über die Einstellung des Verfahrens gegen sämtliche Beschuldigte. Der Tatverdacht sei von Anfang an unbegründet gewesen. Einziger "Wermutstropfen" bleibe, dass das strafrechtliche Verfahren vier-einhalb Jahre gedauert habe, was teils mit negativer Berichterstattung einhergegangen sei.

Der Fall hatte insofern eine gewisse Bedeutung die kommende Nationalratswahl betreffend, als einer der Beteiligten seriöse Chancen auf ein Mandat hat. Tschank steht auf Platz fünf der Wiener Landesliste und ist Spitzenkandidat im Wahlkreis Wien-Südwest. Läuft es für die Freiheitlichen auch in der Bundeshauptstadt gut, könnte das für einen Sitz im Nationalrat reichen, den er auch schon von 2017 bis 2019 innehatte.

Abgeschlossen ist die gesamte Casinos-Causa mit der Einstellung aber noch nicht. Weiter ermittelt wird gegen Strache und Neumann wegen der Bestellung von Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria und mögliche Absprachen im Hintergrund. Es besteht der Verdacht, Novomatic habe sich für die Bestellung von Sidlo nur deshalb eingesetzt, weil im Gegenzug die FPÖ ein Entgegenkommen bei der Vergabe von Lizenzen versprochen habe.

Löwen Entertainment spendet Kickertisch an Gemeinde Oberweiler

Am gestrigen Mittwoch, 24. Juli, übergab Sebastian Foethke, Bevollmächtigter der Geschäftsführung für Politik und Regulierung, im Namen von Löwen Entertainment einen neuen Kickertisch an den Ortsbürgermeister der Gemeinde Oberweiler (Rheinland-Pfalz), Nico Steinbach MdL.

Der Löwen Soccer kommt dem Dorftreff im alten Feuerwehrgerätehaus zugute. Jeden ersten Samstag im Monat öffnet dieser seine Türen und lädt zum gemütlichen Beisammensein und zu Veranstaltungen ein. Ab sofort können Erwachsene und Jugendliche dort auch gemeinsam um die Wette kickern. Entstanden ist der Treffpunkt im Rahmen der Initiative „Zukunfts-Check Dorf“ der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

„Wir sind in Oberweiler eine starke Gemeinschaft und wollen das auch in Zukunft bleiben. Dazu braucht es attraktive Angebote für alle Generationen, die den Austausch und den Zusammenhalt stärken. Der Dorftreff ist für uns genau dafür ein zentraler Ort – und der neue Löwen-Kickertisch eine großartige Attraktion für Jung und Alt. Vielen Dank für die Unterstützung“, so Ortsbürgermeister Steinbach.



Sebastian Foethke, Bevollmächtigter der Löwen-Geschäftsführung für Politik und Regulierung, rechts) übergab einen neuen Kickertisch an den Ortsbürgermeister der Gemeinde Oberweiler (Rheinland-Pfalz), Nico Steinbach.